

sich ein Arbeiterstand, der Träger der Arbeiterbewegung und des Unterschichtenprotests, die als Ebenen der Revolution von 1848/49 neben die parlamentarische Bewegung traten.

Aus dem Arbeiter- und Gesellenstand rekrutierten sich die Mitglieder des am 18. Januar 1849 gegründeten Schweinfurter März- und Arbeiter-Vereins, der sich die „möglichste Verbesserung des materiellen, geistigen und sittlichen Zustandes der Arbeiterklasse“ zum Ziel setzte. An die Spitze des Vereins, der im Mai 1849 61 Mitglieder hatte, wurde ein Schuhmachergeselle gewählt. Der Verein stand hinter der von 4000 Menschen besuchten Volksversammlung am 1. April 1849. Weiterhin machten Fabrikarbeiter, Tagelöhner und anderer Unterschichten zwischen

März 1848 und August 1849 wiederholt durch spontane Tumulte und durch „Katzenmusik“ von sich reden. Die als Auslöser wirkenden materiellen Nöte sah auch die staatliche Obrigkeit als vordringliches Problem an, wie die Ausführungen in der preisgekrönten Schrift des Regierungsbeamten August von Holzschuher zeigen: „Der Hunger ist der einzige gefährliche Wühler; – er spricht am eindringlichsten, und schrickt nicht vor Bajonetten zurück.

(...) Diese sociale Frage, von deren Lösung mehr oder weniger die Existenz des Staates der Zukunft abhängt, muß der dürftigen gelegentlichen Fürsorge der Bureaukratie abgenommen, und als eine der Hauptaufgaben des Staates den ersten Staatsangelegenheiten gleichgestellt werden.“

Roger Martin

Die Entstehung politischer Parteien während der Revolution 1848/49 in Aschaffenburg und am Untermain

Resümee

Die Entstehung politischer Parteien, die vielfach moderne Züge trugen, ist ein herausragendes Ergebnis der Revolution von 1848/49. In der unterfränkischen Stadt Aschaffenburg, die 1849 knapp 9500 Einwohner zählte, setzte – wie am gesamten bayerischen Untermain – nach der Gewährung neuer liberaler Freiheiten durch König und Landtag eine bis dato nicht gekannte Politisierung breiter Bevölkerungsschichten ein. Vor allem auf dem flachen Land richtete sich zunächst sozialer Protest gegen obrigkeitsstaatliche Symbolträger wie grundherrliche Richter oder andere mißliebige Amtspersonen und herrschaftliche Institutionen. Durch insgesamt zwei Landtagswahlen und die Wahl zur deutschen Nationalversammlung mit jeweils relativ freiheitlichen Wahlverfahren in den beiden

Revolutionen zusätzlich motiviert, schlossen sich in Aschaffenburg Liberale und Katholisch-Konservative eng zusammen. Im Februar 1849 gründeten beide Lager ihre Parteivereine: den linksliberal-demokratischen „Volkverein“ und den „Katholischen Verein“.

Der „Katholische Verein“ entstand im Rahmen der zweiten Gründungswelle von Pius-Vereinen, die vom 1. deutschen Katholikentag zu Mainz und mit Unterstützung der deutschen Bischofskonferenz zu Würzburg im Oktober bzw. November 1848 angestoßen wurde. Der „Katholische Verein“ war in erster Linie kirchenpolitisch ausgerichtet und stark konfessionell eingefärbt. Streng katholisch gesinnte Bürger und jüngere katholische Geistliche waren treibende Kräfte bei der

Gründung, bei der der Mainzer Katholikentagspräsident Buß über die Ziele der Piusvereine sprach. Der Katholische Verein betonte die Wahrung kirchlicher Freiheiten vor staatlichen Eingriffen. Er wollte die großdeutsche Lösung der nationalen Frage und bekannte sich ausdrücklich zur konstitutionellen Monarchie. Sein politischer Einfluß nach außen war eher gering, abgesehen von Wahlaufufen zur Landtagswahl im April 1849. Größere Wirkung erzielte der Katholische Verein durch regelmäßige, öffentlich zugängliche Versammlungen, bei denen zunächst die Lektüre und Verbreitung „guter“ Schriften für die katholische Sache, bald aber auch sozialpolitische Anliegen im Vordergrund standen. Im Herbst 1849 zählte die Vereinigung rund 160 Mitglieder. Als einer der wenigen Piusvereine bestand der Katholische Verein auch nach 1849 weiter und gewann stetig an Bedeutung. Er war Triebfeder für die Gründung des Katholischen Gesellenvereins 1853 in Aschaffenburg, einem Pfeiler des einflußreichen sozialen Flügels der katholisch-konservativen Partei vor dem Ersten Weltkrieg. Der Katholische Verein mündete zudem 1864 in die lokale Organisation der Bayerischen Patriotenpartei in Aschaffenburg.

Der „Volksverein Aschaffenburg“ als demokratischer Parteiverein war das eigentliche Kind der Revolution. Seine Gründung war Höhepunkt eines seit März 1848 laufenden Politisierungsprozesses. Sah es zunächst so aus, als ob gemäßigte und betont fortschrittliche Kräfte gemeinsame Sache würden machen können, kündigten die Linksliberalen schon bald das Bündnis auf, während sich die eher konservativ eingestellten Liberalen zurückzogen. Der demokratische Parteiverein war überkonfessionell ausgerichtet. In der nationalen Frage war er zwar ebenfalls großdeutsch eingestellt, verfas-

sungspolitisch forderte er jedoch weit mehr als die Einhaltung der liberalen Märzfreiheiten. Angeführt von einem Buchhändler und einem Rechtsanwalt schrieb er sich die „Verwirklichung der Grundrechte der Volkssouveränität (Gleichberechtigung Aller)“ auf die Fahnen. Aus seinen Reihen wurden Forderungen nach der Volkswahl des künftigen Präsidenten des deutschen Nationalstaats ebenso erhoben wie eine „republikanische Monarchie“ oder eine „Monarchie auf demokratischer Grundlage“ ins Spiel gebracht. Der Volksverein hatte vor allem aus dem Kleinbürgertum und dem kleingewerblichen Handwerk, aber auch aus unterprivilegierten und weniger gebildeten Bevölkerungskreisen starken Zulauf. Nach außen wirkte er nicht nur bei Wahlen, sondern auch durch eine Reihe von ihm organisierter Volksversammlungen mit zum Teil mehreren tausend Teilnehmern am gesamten bayerischen Untermain. Dies galt vor allem für die Zeit der Reichsverfassungskampagne von April bis Juli 1849. Im Gegensatz zum Katholischen Verein überzog er sein Verbreitungsgebiet mit einer Reihe von Zweigvereinen, die nicht selten ebenso viele Mitglieder zählten. Im Juni 1849 bestand dieses Geflecht aus 39 Filialvereinen, die zusammen über den Würzburger Kreis Ausschuß der Demokraten dem Frankfurter Centralmärzverein. Diese in fast allen deutschen Staaten verbreitete Organisation der Demokraten kam den Vorstellungen einer modernen Partei am nächsten. Der fortschrittliche Charakter der Volksverein als Parteiverein konnte nicht verhindern, daß er die Revolution von 1848/49 nicht überlebte.

Nach dem Erlaß des strengen bayerischen Vereinsgesetzes 1850 löste er sich auf. Dennoch begründete er eine starke linksliberale Tradition in Aschaffenburg, die bis in die Weimarer Republik hineinwirkte.

Coburg und die Revolution von 1848/49

Die Märzforderungen 1848 in Coburg

Als im Februar 1848 in Paris die Revolution ausbrach und zur Flucht des französischen Bürgerkönigs Louis Philippe nach London führte, weilte Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha gerade bei seinem Bruder Albert in England. Er eilte nach Deutschland zurück und traf am 7. März in Gotha ein. In Coburg hatten die Bürger mit großem Interesse von den Unruhen in Frankreich und in den deutschen Staaten, besonders von der Abdankung König Ludwigs I. von Bayern, gehört, und auch die Märzforderungen der Mannheimer Bürger zur Kenntnis genommen. Bürgermeister Leopold Oberländer ließ durch einen Anschlag für den 6. März zu einer Bürgerversammlung einladen, auf der die bekannten „Märzforderungen“, zugeschnitten auf Coburg, angenommen wurden: „Vor unserem gnädigsten Herzog und Herrn legen wir daher vertrauensvoll die ehrerbietigste Erklärung nieder, daß wir uns in diesen Tagen aller Orten in Deutschland kund werdenden Petitionen um Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Volksvertretung bei dem Deutschen Bunde, Volksbewaffnung und Geschworenengerichte ... anschließen. Darum bitten wir die sofortige Einberufung der Ständeversammlung gnädigst verfügen zu wollen.“ Dazu tritt der unüberhörbare Ruf nach der Einheit Deutschlands. Diese Petition mit ihren gemäßigten Forderungen mag bereits typisch für den Ablauf der revolutionären Ereignisse in Coburg sein. Die gebildete Schicht des Bürgertums, die schon bisher in der Lokalpolitik eine tragende Rolle gespielt hatte, sowie der für damalige Begriffe vermögende Handwerkerstand übernahmen die Führung und wiesen damit von vornherein radikale Strömungen in ihre Schranken. Somit wurden soziale Mißstände nicht genannt, wie auch materielle Interessen weit hinter die großen nationalen Anliegen auch in Coburg traten. Am 12. März 1848 traf die Ant-

wort des Herzogs aus Gotha als „Proklamation an die Bürger der Residenzstadt vom 10. März“ ein. Darin teilt er seinen Entschluß mit, den Landtag des Herzogtums Coburg für 2. April 1848 einzuberufen, wo dann all die anstehenden Fragen und Forderungen besprochen werden können.

Die Bürgerwehren im Coburger Land

Der Gedanke der Volksbewaffnung war während der Befreiungskriege gegen Napoleon meist mit Billigung der damaligen Regierungen, vor allem durch die freiwilligen Jägerkorps, in die meist Studenten eintraten, geboren worden. Sie erkoren auch die schwarz-rot-goldene Kokarde und „deutsche Trikolore“ zum Symbol des Freiheitskampfes: aus dem Dunkel der Knechtschaft unter Napoleon durch blutigen Kampf zum goldenen Licht der Freiheit. Das galt auch 1848 noch, wobei man statt Napoleon „die Reaktion der deutschen Fürsten“ zu setzen hatte.

Am 14. März 1848 erließ Bürgermeister Oberländer einen Aufruf zur „Bildung einer Bürgergarde“. Jeder unbescholtene Mann ab 19 Jahren sollte sich demnach beim Polizeiamt in das Verzeichnis der Bürgergarde einschreiben. Die Bürgergarde sollte zunächst aus 500 Mann bestehen und mit dem bestehenden Militär oder bei Bedarf anstelle desselben Ruhe und Ordnung im Land aufrechterhalten. Es stellten sich zu den ersten Übungen auf dem Coburger Marktplatz zahlreiche Bürger zur Wahl ihrer Führer bzw. Offiziere und zur Entgegennahme von Gewehren ein, die aus dem herzoglichen Arsenal auf der Veste kamen. Mehrere Vereine stellten sich geschlossen zum Dienst in der Bürgerwehr zur Verfügung, am 28. März 1848 erklärten die 30 Mitglieder der Hof- und Theaterkapelle als Musikkorps der Bürgerwehr ihren Eintritt.